

Vortrag an den Ministerrat

Klima- und Transformationsoffensive der österreichischen Bundesregierung

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat unmissverständlich klargemacht, dass Europa eine unabhängige Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien braucht. Die Klimakrise und die Erpressbarkeit mit Energielieferungen sind eine Gefahr für die Bevölkerung und Wirtschaft aller europäischen Staaten. Sie erfordern eine rasche und deutliche Reaktion. Deshalb investiert die österreichische Bundesregierung aktuell mehr Geld denn je in den Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung und damit in die Befreiung aus der Abhängigkeit von Russland und fossilen Energieträgern. Vor allem in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist es entscheidend, Forschung und Entwicklung sowie Investitionen anzukurbeln und die Transformation des Wirtschaftsstandorts zu unterstützen. Dadurch wird der Wandel hin zu einer nachhaltigen, auf erneuerbaren Energien basierenden und in allen Sektoren digitalisierten sowie zukunftsfiten und klimafreundlichen Wirtschaft unterstützt. Große Industriebetriebe sind ein wesentlicher Faktor der österreichischen Wirtschaft und können einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Wenn sie auf moderne, klimafreundliche und nachhaltige Produktionstechniken umstellen, sichern sie die Zukunft der Unternehmen und hunderttausende Arbeitsplätze. Eine Umstellung von Produktionsprozessen dauert lange, braucht große Investitionen und vor allem stabile und verlässliche Rahmenbedingungen. Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität sind davon abhängig, ob die heimischen Unternehmen im Wettbewerb um die grünsten, energieeffizientesten und innovativsten Produktionsprozesse gut aufgestellt sind.

Milliarden-Förderpaket für eine klimafreundliche und nachhaltige Industrie

Um die Umstellung auf nachhaltige Produktionsprozesse in Österreichs Industrie möglich zu machen, führt die Bundesregierung mit dem Budget 2023 zusätzlich zu bereits

beschlossenen Maßnahmen ein bedeutendes Förderpaket für eine nachhaltige und unabhängige Industrie ein. Die Klima- und Transformationsoffensive hat das Ziel, österreichische Industriebetriebe dabei zu unterstützen, ihre Produktionsprozesse nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten und energieeffizienter zu werden. Das stärkt einerseits die Wertschöpfung in Österreich, sichert den Wirtschafts- und Arbeitsmarktstandort und führt andererseits zu mehr Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten aus Russland. Damit die Umstellung gelingt, brauchen Unternehmen Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Bis 2030 stehen daher fixe Fördermittel von insgesamt 5,7 Milliarden Euro zur Verfügung, davon 2,975 Milliarden Euro für ein neues Transformationsvehikel für die Industrie.

Das neue Transformationsvehikel für die klimafreundliche Industrie legt seinen Fokus auf die Umstellung von industriellen Prozessen und den Aufbau der entsprechenden Werksinfrastruktur im großen Stil. Viele der Technologien, die in diesem Bereich benötigt werden, sind bereits vorhanden. Jetzt beginnt die Phase der großflächigen Ausrollung.

In diesem Prozess müssen von den Unternehmen umfangreiche Investitionsentscheidungen getroffen werden, die eine langfristige Technologieumstellung möglich machen. Das verursacht Investitionskosten und während der Umstellung in einzelnen Bereichen auch höhere Produktionskosten.

Um passgenau fördern zu können, sieht diese Schiene erstmals auch sogenannte „Carbon Contracts for Difference“ vor. Das sind europaweit vollkommen neuartige „Klimaschutzverträge“: Industrieunternehmen können hiermit erstmals höhere Betriebskosten, die durch klimafreundliche Prozesse entstehen, fördern lassen, solange CO₂ Preise eine solche Finanzierung nicht marktkonform ermöglichen.

Um eine langjährige Perspektive bis zum Jahr 2030 zu schaffen, werden die Fördermittel zur „Klima- und Transformationsoffensive“ mittels eines Vorbelastungsgesetzes gesetzlich verankert.

Die zweite Förderschiene in der Höhe von 1,52 Milliarden Euro widmet sich der Energieeffizienz. Sie fördert konkrete Energieeinsparungen in allen Bereichen. Das verringert die Abhängigkeit von Gasimporten und sorgt gleichzeitig für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus werden auch die Mittel der Umweltförderung im Inland abermals deutlich erhöht und betragen 600 Millionen bis 2026. Diese Förderung richtet sich an Unternehmen und deckt eine große Bandbreite von Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen ab.

Darüber hinaus werden ab 2023 600 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die in den Forschungs- und Wirtschaftsstandort fließen. Davon werden 550 Millionen Euro für Forschungs- und Technologieentwicklungsförderung, für Standort- und Investitionsförderung sowie Qualifizierungsmaßnahmen bereitgestellt. Weitere 50 Millionen Euro werden in den Ausbau der Halbleiterproduktion als Schlüsseltechnologie im Rahmen des IPCEI Mikroelektronik II investiert. Damit sichert und stärkt die Bundesregierung den österreichischen Wirtschafts-, Forschungs- und Produktionsstandort sowie den heimischen Arbeitsmarkt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Schlüsselsektoren, wie Automotive, Halbleiter und Life Science, neben denen auch andere Branchen antragsberechtigt sind.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zu Kenntnis nehmen und den Entwurf eines Bundesgesetzes zur Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie samt Erläuterungen und Wirkungsfolgenabschätzung dem Nationalrat zur verfassungsgemäßen Behandlung zuleiten.

12. Oktober 2022

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister